

WORKING PAPER-REIHE DER AK WIEN

DIE ERWERBSSITUATION UND SUBJEKTIVE FINANZIELLE LAGE PRIVATER HAUSHALTE IM VERLAUF DER PANDEMIE

Nadia Steiber
Christina Siegert
Stefan Vogtenhuber



222

MATERIALIEN ZU WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Materialien zu Wirtschaft
und Gesellschaft Nr. 222
Working Paper-Reihe der AK Wien

Herausgegeben von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der Kammer für Arbeiter und Angestellte
für Wien

**Die Erwerbssituation und subjektive
finanzielle Lage privater Haushalte im
Verlauf der Pandemie
Ergebnisse der AKCOVID Panel-Befragung**

Nadia Steiber, Christina Siegert, Stefan Vogtenhuber



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Juli 2021

Die Working Paper Reihe "Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft" behandelt aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und dient als offenes Medium für den Austausch von wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen. Die Reihe wird von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik betreut.

Die in „Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ veröffentlichten Beiträge geben weder die Meinung der Abteilung Wirtschaftswissenschaften noch der Arbeiterkammer wieder. Wie bei Working Paper Serien üblich erfolgt keine formelle Begutachtung. Fragen richten Sie bitte an die jeweiligen Autorinnen und Autoren.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISBN 978-3-7063-0887-8

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Tel: (01) 501 65, DW 12283

Zusammenfassung

Dieser Bericht dokumentiert die mittelfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Erwerbs- und Einkommenssituation der in Österreich lebenden Bevölkerung (Analyse der ersten zehn Krisenmonate). Die Datenbasis umfasst Registerdaten zu den Erwerbsverläufen und repräsentative Befragungsdaten aus dem AKCOVID-Projekt. Die Analysen zeigen, dass im Zeitraum zwischen dem Beginn der COVID-19 Krise und Jänner 2021 von jenen rund 3,9 Mio. Personen, die vor Beginn der Krise noch unselbständig erwerbstätig waren, etwa 40% zumindest einmal in Kurzarbeit (KUA) oder arbeitslos waren.

Die damit in Verbindung stehenden Einkommenseinbußen sowie die Einbußen bei den selbständigen Einkommen schlugen trotz Ersatzleistungen, Hilfen aus den Härtefallfonds und Einmalzahlungen drei Monate nach Krisenbeginn bereits deutlich auf die finanzielle Lage der Haushalte durch. Während vor Beginn der Krise noch weniger als 10% der Haushalte *schwer* mit ihrem Einkommen zurechtkamen, verdoppelte sich dieser Anteil bis Juni 2020 und blieb im Verlauf der Pandemie bis Jänner 2021 auf diesem hohen Niveau.

Knapp jede bzw. jeder dritte Befragte verbuchte laut Befragungsdaten für Jänner 2021 eine Verschlechterung der Einkommenssituation auf der Haushaltsebene, wobei dieser Anteil bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss geringer ausfiel als bei jenen mit einer Berufsausbildung. Dies steht damit im Zusammenhang, dass in der Krise bis dato Einkommen aus Sozial- und Transferleistungen besser geschützt waren als die Erwerbseinkommen. Dies führte in Österreich wie in anderen Ländern laut Simulationsstudien zu einer leichten Verringerung der Ungleichheit in den Haushaltseinkommen. Dies mag auf die Gesamtheit der privaten Haushalte in Österreich zutreffen, nicht unbedingt auf Familien mit Kindern. Wie auch in anderen Ländern waren Familien mit Kindern stärker von finanziellen Krisenfolgen betroffen als Familien ohne Kinder. Da Einkommenseinbußen insbesondere bei einkommensschwachen Haushalten rasch existenzbedrohend werden können, zeigt sich auch, dass v.a. jene Familien, die schon vor der Krise stärker armutsgefährdet waren – Alleinerziehende und Mehrkindfamilien – besonders häufig in die *subjektive Armutsgefährdung* abrutschten (d.h., Verdoppelung des Anteils dieser Familien, die nur *schwer* mit dem Haushaltseinkommen auskamen auf ca. ein Drittel).

Während Frauen zu Beginn der Krise noch mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit zu KUA angemeldet wurden als Männer, kehrte sich der geschlechtsspezifische Unterschied im Laufe der Pandemie um. Wie bereits im Juni 2020 waren auch im Jänner 2021 deutlich mehr junge als ältere Erwerbstätige in KUA (rund 45% der 20-29-Jährigen). Während im ersten Halbjahr 2020 keine signifikanten Bildungsunterschiede in der Nutzung der KUA ausgemacht werden konnten traten diese im Verlauf der Pandemie deutlicher zutage. Rund ein Drittel der Beschäftigten ohne Matura im Vergleich zu etwa einem Fünftel jener mit tertiärer Ausbildung waren im Verlauf der ersten zehn Krisenmonate in KUA. Dabei waren Teilzeitbeschäftigte nicht häufiger zu KUA angemeldet als Vollzeitbeschäftigte.

Abstract

This report documents the mid-range consequences of the COVID-19 pandemic on the employment and income situation of the Austrian population (analysis of the first ten crisis months). The data used in this report comprise register data on employment trajectories on representative panel survey data from the AKCOVID project. Our analyses show that in the time between crisis-onset and January 2021 about 40% of those still in regular dependent employment in February 2020 were at least once in short-time work (STW) or registered as unemployed. The associated income losses together with income losses from self-employment affected the financial welfare of private households already in June 2020, despite wage replacements, hardship funds and other measures. While before crisis-onset less than 10% of households had difficulties making ends meet, this share doubled by June 2020 and remained at this elevated level throughout 2020.

In January 2020 about 29% of respondents indicated that the income situation of the household had worsened since crisis-onset, with higher shares among those with only compulsory education as compared to those with a vocational training degree. This is related to the fact that, similar as in other countries, in 2020 incomes from social benefits and transfers were better protected compared to employment incomes. According to simulation studies this has led to a slight reduction in the level of inequality in household incomes in Austria. Yet, while this may be the case looking at all private households in Austria, including the many single households, it does not necessarily apply to families. As in other countries, also in Austria families with underage children were more strongly affected by financial losses compared to those not living with underage children.

Income losses can quickly threaten the welfare of low-income households. Against this backdrop, the study shows that those types of families that were at a higher risk of poverty already before crisis on-set – single parents and families with 3+ children – were at a particularly high risk of sliding into *subjective poverty* (i.e. the share of these families with difficulties making ends meet doubled and reached about a third by January 2021).

Whereas in the first months of the crisis female employees had lower odds of short-time work (STW) than male employees, the gender difference changed its sign in the course of the pandemic. Younger employees had significantly higher odds of STW than older ones (about 45% of 20-29-year olds who were in dependent employment in 02/2020 were in STW at some point during the first ten months of the crisis). About a third of lower educated employees compared to about a fifth of those with tertiary degrees were in STW at least once within the first ten months of the crisis (no significant difference in the odds of STW between part-time and full-time employees).

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Daten	2
2.1	Kontext der Datenerhebung und Arbeitsmarktlage	3
2.1.1	Infektionsgeschehen	3
2.1.2	Arbeitsmarktlage.....	3
3	Veränderung der Erwerbssituation	4
3.1	Erwerbsverläufe seit Februar 2020.....	4
3.2	Kurzarbeit	6
3.3	Erwerbsverläufe von Eltern	8
4	Subjektive finanzielle Lage der Haushalte	10
4.1	Wandel der Einkommenssituation	10
4.2	Finanzielle Engpässe	16
4.3	Finanzielle Zukunftssorgen	17
5	Verzeichnisse	19
5.1	Abbildungsverzeichnis	19
5.2	Literaturverzeichnis	20

1 Einleitung

Die Corona-Pandemie wirkte sich stark auf den österreichischen Arbeitsmarkt und die Erwerbssituation der Bevölkerung aus. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte im April 2020 einen historischen Höchststand. Ein noch stärkerer Anstieg der Arbeitslosenzahlen konnte durch das Corona-Kurzarbeitsprogramm verhindert werden. Im Laufe des Jahres 2020 war etwa jeder bzw. jede dritte Erwerbstätige in Corona-Kurzarbeit (Huemer et al., 2021). Im Zeitraum zwischen dem Beginn der COVID-19 Krise und Jänner 2021 waren von jenen 3,9 Mio. Personen, die kurz vor Beginn der Krise noch erwerbstätig waren, rund 43% der Männer und rund 37% der Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren zumindest einmal entweder arbeitslos oder in Corona-Kurzarbeit (Steiber et al., 2021, S. 8).

Diese Verwerfungen am Arbeitsmarkt schlugen trotz wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen auf die finanzielle Situation der Menschen in Österreich durch. Die Daten aus der ersten AKCOVID-Befragung im Juni 2020 zeigten, dass vor Beginn der Krise noch weniger als 10% der Familien nur *schwer* mit ihrem Einkommen zurechtkamen, dieser Anteil sich in den ersten drei Krisenmonaten jedoch bereits verdoppelte (Steiber, 2021a; 2021b). Ziel der vorliegenden Studie ist, auf Basis der Folgebefragung im Jänner 2021 (Paneldaten), zu untersuchen, wie sich die finanzielle Lage der Haushalte in Österreich im weiteren Verlauf der Pandemie entwickelt hat. Zum einen könnte erwartet werden, dass die Rückkehr eines Großteils der KurzarbeiterInnen in die reguläre Beschäftigung (Vogtenhuber et al., 2021) gepaart mit der Auszahlung von Hilfen aus den Härtefallfonds für Selbständige und Familien mit Kindern, den Einmalzahlungen an Arbeitslose und den Sonderzahlungen aus dem Familienlastenausgleichfonds zu einer Entspannung der finanziellen Lage geführt hat. Zum anderen kann davon ausgegangen werden, dass sich die teils monatelangen Corona-bedingten Einkommenseinbußen aus dem Jahr 2020 längerfristig auf die finanzielle Lage der Haushalte auswirkten, da bereits im Juni 2020 viele Familien Ersparnisse aufbrauchten oder Schulden machen mussten, um auch in Zeiten von Corona ihren Lebensstandard aufrechtzuerhalten (Steiber, 2021a).

Die vorliegende Studie untersucht Veränderungen in der Erwerbssituation in den ersten zehn Monaten der COVID-19 Krise und die daraus resultierenden Veränderungen in der *subjektiven* finanziellen Lage von Haushalten und insb. von Familien mit Kindern. Untersuchungsgegenstand sind auch die finanziellen Zukunftssorgen der Bevölkerung. *Objektive* Daten zu den Folgen der Pandemie für die Einkommen der privaten Haushalte und deren Verteilung (Registerdaten) werden erst 2022 vorliegen. Daten für die Zeit der Pandemie aus dem EU-SILC werden in etwa einem Jahr zur Verfügung stehen.¹

¹ Aktuelle Zahlen auf Basis der EU-SILC Befragung aus 2020 (z.B. zu den Themen Zahlungsrückstände, Veränderung des Haushaltseinkommens) wurden zwischen März und Juli 2020 erhoben und beziehen sich meist auf einen Zeitraum von 12 Monaten vor der Befragung.

2 Daten

Basis dieser Studie ist die AKCOVID-Befragung von in Österreich lebenden Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren. Die Datenerhebung der ersten Befragungswelle erfolgte im Zeitraum zwischen dem 18. Juni und dem 2. Juli 2020 (Steiber, 2021c). Da mehr als 90% der 2.000 durchgeführten Interviews im Juni 2020 stattfanden, wird im Bericht Juni 2020 als erster Erhebungszeitpunkt genannt. Im Jänner 2021 wurden die gleichen Personen nochmal kontaktiert und befragt. Rund 70% der Stichprobe vom Juni 2020 – das waren 1.407 Personen – standen im Jänner 2021 nochmals für die Befragung zur Verfügung (siehe Box 2 für Details zur Erhebung). Die beiden Befragungen sind repräsentativ für die in Österreich lebende Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren.

Box 2: AKCOVID Erhebung, Juni 2020 und Jänner 2021

Die Befragungen wurden von IFES in einem Multi-Mode Design durchgeführt, d.h. als Kombination aus 80% computerunterstützten Online-Interviews (CAWI) und 20% computerunterstützten Telefoninterviews (CATI). Ziel des Multi-Mode Designs ist, auch jene Teile der Bevölkerung zu inkludieren, die keinen Zugang zum Internet oder zu einem PC oder Laptop haben bzw. aus anderen Gründen nicht für Online-Interviews zugänglich sind (Verbesserung hinsichtlich der Repräsentativität der Stichprobe im Vergleich zu reinen Online-Erhebungen). Die CAWI von IFES basieren auf einem Online Access Panel, das einen Querschnitt über in Österreich lebende Online-NutzerInnen ab 14 Jahren bietet. Die bereits im Vorfeld studienunabhängig rekrutierten RespondentInnen erhalten im Rahmen der Befragung einen persönlichen Zugangslink zum programmierten Fragebogen, so dass es nicht möglich ist, mehrfach an der Studie teilzunehmen. Die Telefonstichprobe wurde nach einem RLD-Verfahren gezogen (d.h. Ziehung von Zufallsnummern). Bei CATI und CAWI konnte jeweils nur eine Person pro Haushalt teilnehmen.

Bei der geschichteten Stichprobenauswahl wurden folgende Merkmale der Zielgruppe in ihrem richtigen Verhältnis zur Grundgesamtheit gezogen: Geschlecht, Altersgruppe, Bildung, Bundesland, Haushaltsgröße und Präsenz von Kindern im Haushalt. Um Stichprobenfehler auszugleichen, wurde ein Poststratifikationsgewicht auf Basis dieser Dimensionen gerechnet. Die dazu herangezogenen Informationen über die soziodemographische Zusammensetzung der Grundgesamtheit sind offizielle Statistiken...

...zur Bevölkerung nach Geschlecht, Altersgruppen (20-29, 30-39, 40-49, 50-59, 60-64) und Bundesland lt. STATISTIK AUSTRIA (Statistik des Bevölkerungsstandes, erstellt am 21.05.2019).

...zum Bildungsstand der Bevölkerung ab 15 Jahren, Jahr 2017 (STATISTIK AUSTRIA, erstellt am 28.06.2019), aus der die Zusammensetzung der 20 bis 64-Jährigen nach ihrem höchsten Bildungsabschluss berechnet werden kann.

...zu den Lebensformen nach Geschlecht und Alter, Jahresdurchschnitt 2019 der STATISTIK AUSTRIA.

Bei der Datenanalyse wird die vollständige Anonymität der Befragten gewährleistet.

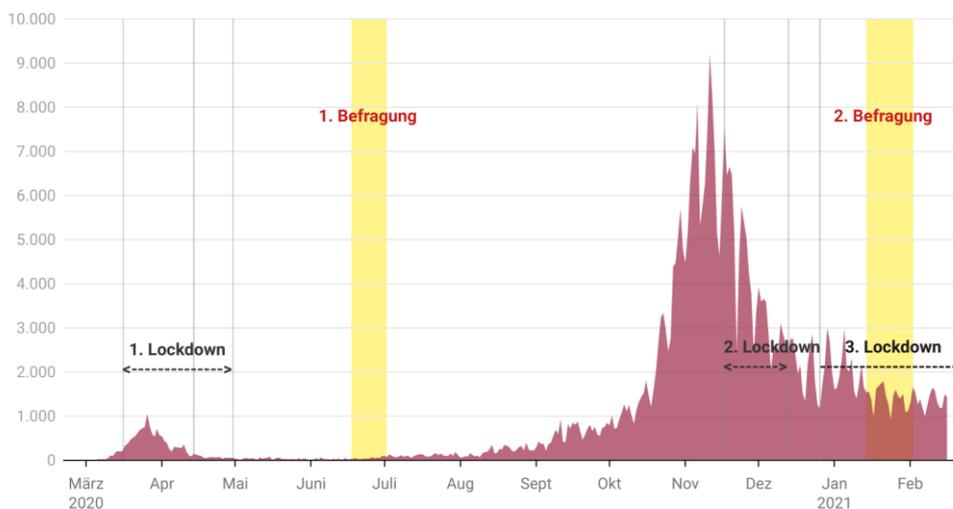
Quelle: Steiber (2021c)

2.1 Kontext der Datenerhebung und Arbeitsmarktlage

2.1.1 Infektionsgeschehen

Die erste Befragung im Juni 2020 erfolgte nach dem ersten Lockdown in einer Zeit mit einem niedrigen Infektionsgeschehen (Abbildung 1). Die Corona-Infektionen nahmen im Herbst jedoch wieder stark zu, was zu einem weiteren Lockdown ab Mitte November 2020 führte, der sich mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung zum Jahreswechsel bis Anfang Februar zog. Der Zeitraum der zweiten Befragung im Jänner 2021 lag damit vollständig in der Zeit verschärfter Ausgangsbeschränkungen.

Abbildung 1: COVID-19 Infektionsgeschehen und Zeitpunkte der Datenerhebung



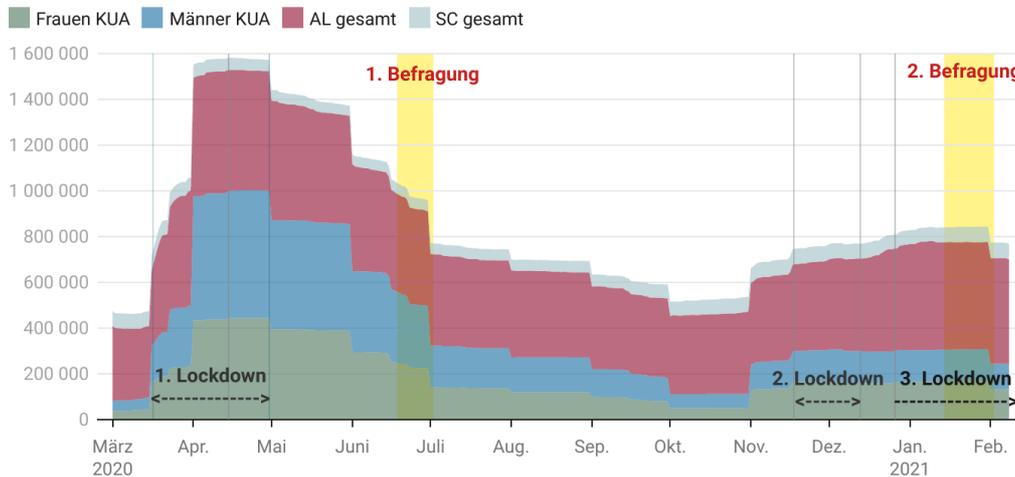
Quelle: Steiber (2021c). In Rot: Tägliche Fallzahlen aus dem AGES-Dashboard. In Geld: Befragungszeiträume.

2.1.2 Arbeitsmarktlage

Auch die Arbeitsmarktsituation unterschied sich zwischen den beiden Befragungszeitpunkten (Abbildung 2). Vor der ersten Befragung erlebte Österreich einen historischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen inkl. SchulungsteilnehmerInnen stieg während des ersten Lockdowns von rund 376.000 Personen kurz vor Beginn der Krise auf rund 588.000 Personen Mitte April 2020. Bis zur ersten Befragung im Juni 2020 sank diese Zahl auf rund 470.000 ab, stieg dann jedoch bis zur zweiten Befragung im Jänner 2021 wiederum auf rund 535.000 an. Ein noch dramatischerer Anstieg der Zahl der Arbeitslosen konnte durch den breiten Einsatz der Corona-Kurzarbeit vermieden werden. Nach dem Höchststand im April 2020, als rund eine Mio. Erwerbstätige in Corona-Kurzarbeit waren, sank diese Zahl bis zum Zeitpunkt der ersten Befragung im Juni 2020 auf rund eine halbe Million. Über den Sommer bzw. bis Mitte Oktober sank die Zahl der KurzarbeiterInnen auf rund 112.000 Personen ab. Diese Zahl stieg jedoch bis Jänner 2021 wieder auf rund 300.000 Personen an (Abbildung 2).

Abbildung 2: Arbeitsmarktsituation und Zeitpunkte der Datenerhebungen

Tägliche Zahl der Erwerbstätigen in Kurzarbeit (KUA) und der vorgemerkten Arbeitslosen (AL) bzw. SchulungsteilnehmerInnen (SC) zwischen März 2020 und Februar 2021



Quelle: AMDB und AMS, Auswertung Stefan Vogtenhuber. In Gelb: Feldphasen der beiden Befragungen

Bis Oktober 2020 überstieg die absolute Zahl an Männern in Kurzarbeit die absolute Zahl an Frauen in Kurzarbeit, während dies zur Zeit des zweiten und dritten Lockdowns genau umgekehrt war (Abbildung 2, für relative Zahlen, siehe Tabelle 1).

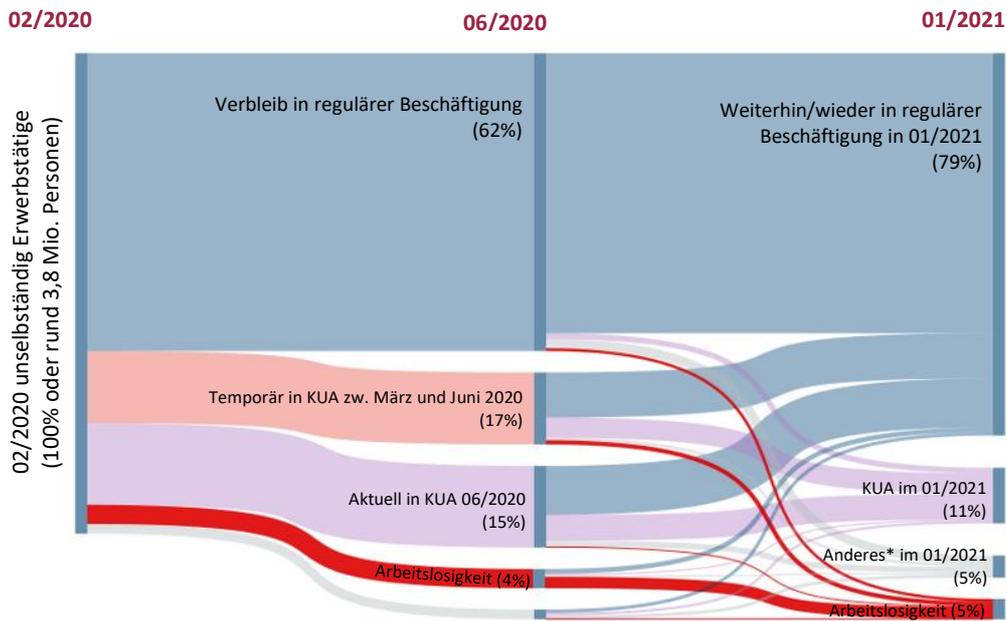
3 Veränderung der Erwerbssituation

3.1 Erwerbsverläufe seit Februar 2020

Laut der Administrativdaten des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice (AMDB-Arbeitsmarktdatenbank, eigene Auswertungen) waren von den rund 3,66 Mio. Personen, die im Februar 2020 mindestens 14 Tage über der Geringfügigkeitsgrenze erwerbstätig waren, im April 2020 rund 5% der Männer und 6% der Frauen arbeitslos sowie rund 28% der Männer und 26% der Frauen in Kurzarbeit. Bis Juni 2020 reduzierten sich diese Anteile auf rund 4% Corona-bedingt Arbeitslose und rund 15% KurzarbeiterInnen (Tabelle 1).

Diese Ergebnisse auf Basis der Administrativdaten decken sich mit den Ergebnissen aus den AKCOVID-Befragungen (Abbildung 3). Laut Befragungen waren zwischen März und Juni rund 17% der noch im Februar 2020 regulär Beschäftigten in Kurzarbeit. Zum Zeitpunkt der Befragung im Juni 2020 waren es dann rund 15%. Damit zeigen auch die Befragungsdaten, dass im ersten Halbjahr 2020 jede bzw. jeder dritte Erwerbstätige in Kurzarbeit war, während etwa 4% Corona-bedingt arbeitslos wurden (Abbildung 3).

Abbildung 3: Erwerbsverläufe der unselbständig Erwerbstätigen



Quelle: AKCOVID-Panel-Survey. *Anderes umfasst Personen, die in den Status Pension, Ausbildung, Inaktivität oder Selbständigkeit gewechselt sind.

Im Jänner 2021 waren laut AKCOVID Befragungen fast 80% der ehemals unselbständig Erwerbstätigen wiederum in regulärer Beschäftigung, während die Kurzarbeit deutlich weniger genutzt wurde (rund 11% laut Befragung, was etwas über dem Wert aus den Administrativdaten liegt, Tabelle 1), da sich die Administrativdaten auf abgerechnete Kurzarbeitsepisoden beziehen. Laut Befragungs- sowie Administrativdaten wechselten in den ersten zehn Monaten der Pandemie rund 5% der unselbständig Erwerbstätigen in einen anderen Status, etwa in die Pension, die Selbständigkeit oder die Inaktivität.

Tabelle 1: Erwerbsverläufe der unselbständig Erwerbstätigen seit 02/2020

	reguläre Beschäftigung	Kurzarbeit	Arbeitslos / AMS-Schulung	Anderes*	Gesamt
April 2020					
Männer	63,6%	28,2%	5,0%	3,1%	100%
Frauen	65,5%	26,3%	5,7%	2,5%	100%
Juni 2020					
Männer	77,0%	16,1%	3,6%	3,4%	100%
Frauen	78,0%	14,9%	4,2%	2,8%	100%
Jänner 2021					
Männer	81,5%	6,9%	5,8%	5,8%	100%
Frauen	80,1%	9,7%	5,0%	5,1%	100%

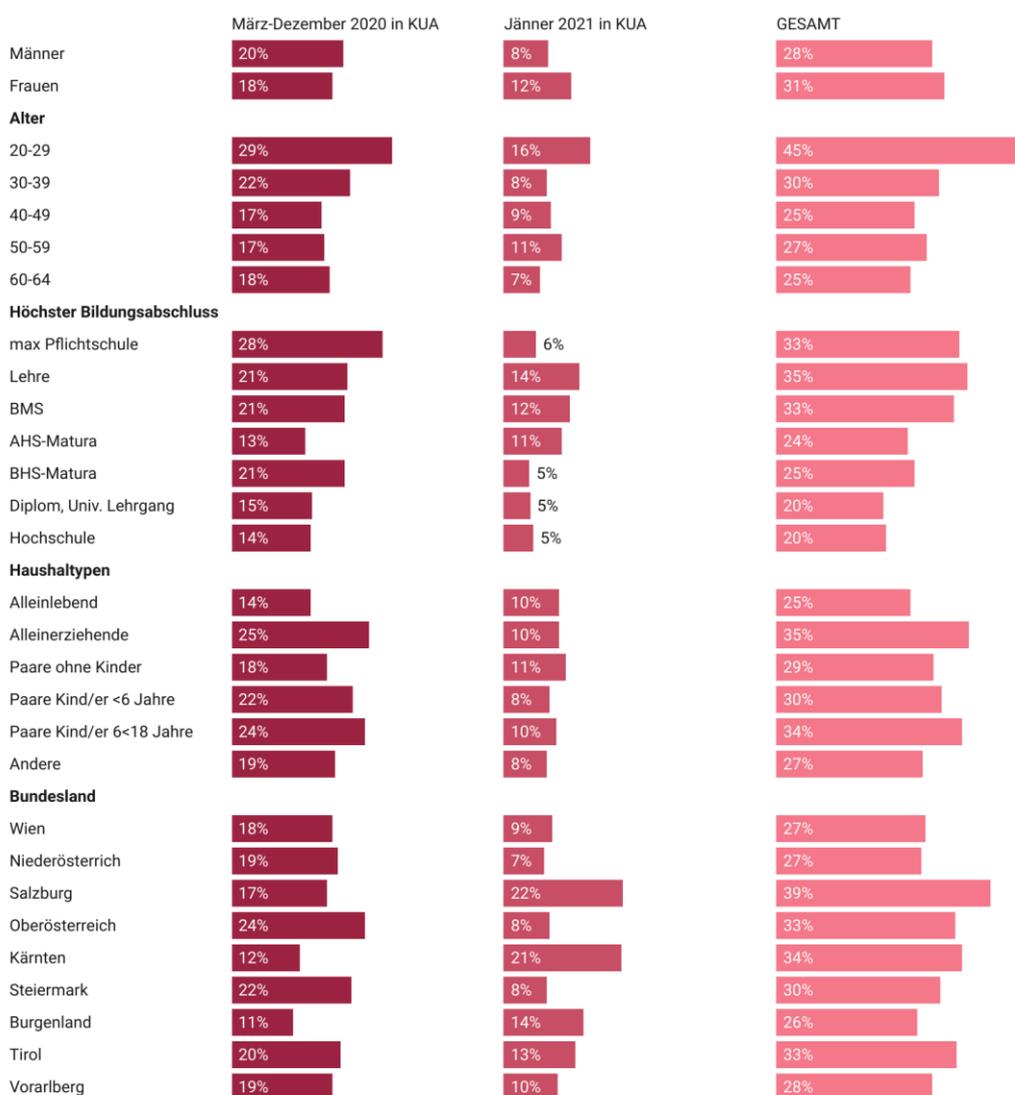
Heatmap: dunkler gefärbte Zellen umfassen dabei größere Anteile (Zeilenprozente, die sich auf 100% der ehem. Erwerbstätigen summieren).
 Quelle: AMDB, Datenauszug Ende April 2021. Das Sample (100%) bezieht sich auf alle Personen in Österreich, die im Februar 2020 zumindest 14 Tage unselbständig erwerbstätig waren (über der Geringfügigkeitsgrenze). Dies umfasst 1.974.597 Männer und 1.683.914 Frauen. *Diese Kategorie umfasst beispielsweise jene, die in Pension gingen, selbständig erwerbstätig oder inaktiv wurden.

3.2 Kurzarbeit

Seit Beginn der Pandemie bis Jänner 2021 waren von jenen rund 3,66 Mio. Personen, die kurz vor der COVID-19 Krise noch unselbständig erwerbstätig waren, rund jede dritte in Kurzarbeit (KUA, rund 28% der Männer und 31% der Frauen, Abbildung 4). Während die Wahrscheinlichkeit einer KUA-Anmeldung in der ersten Jahreshälfte unter den Männern etwas höher war, kehrte sich das Geschlechterverhältnis im Jänner 2021 um.

Abbildung 4: Anteile der 02/2020 unselbständig Erwerbstätigen in Corona-Kurzarbeit

Anteile der unselbständigen Erwerbstätigen im Februar 2020 (100%), die während des Jahres 2020 bzw. im Jänner 2021 in Corona-Kurzarbeit waren.



Quelle: AKCOVID Surveys, Daten erhoben im Juni 2020 und im Jänner 2021. Sample: 955 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren, die im Februar 2020 über der Geringfügigkeitsgrenze erwerbstätig waren. Gezeigt werden geschätzte Wahrscheinlichkeiten auf Basis einer multinomialen logistischen Regression.

Dieser Befund stimmt mit den Ergebnissen aus den Registerdaten überein (Tabelle 1). Im April 2020 war ein höherer Anteil der Männer (rund 28%) als der Frauen (rund 26%) in KUA (weiterhin bezogen auf die Gesamtheit der unselbständig Erwerbstätigen im Februar 2020). Auch im Juni war der Anteil der Männer (rund 16%) noch etwas höher als der Anteil der Frauen (rund 15%). Im Jänner war es jedoch umgekehrt: ein etwas höherer Anteil der Frauen (rund 10%) als der Männer (rund 7%) war (noch) in Kurzarbeit. Die Ergebnisse aus den Befragungsdaten sind – auf einem leicht höheren Niveau – ähnlich: Laut der multivariaten Analysen der Befragungsdaten, war im Jänner 2021 ein signifikant höherer Anteil der Frauen (rund 12%) als der Männer (rund 8%) in KUA (siehe Abbildung 4, kontrolliert für die Bildung, das Alter, das Bundesland und den Haushaltstypus).

Wie bereits im Juni 2020 (Steiber, 2021a) waren auch im Jänner 2021 deutlich mehr junge als ältere Erwerbstätige in KUA (Abbildung 4). Fast jede bzw. jeder Zweite (rund 45%) der 20 bis 29 Jahre alten ehemals regulär Beschäftigten war zwischen März 2020 und Jänner 2021 in KUA. Diese Anteile waren bei den 30-39-Jährigen bei rund 30% und bei den über 40-Jährigen bei etwa einem Viertel.

Während in der ersten Jahreshälfte 2020 keine signifikanten Unterschiede nach dem höchsten Bildungsabschluss ausgemacht werden konnten (Steiber, 2021a, S. 48) traten diese im Verlauf der Pandemie deutlicher zutage (Abbildung 4). Während rund ein Drittel der Beschäftigten ohne Matura (Pflichtschule, Lehre, BMS) im Verlauf der Pandemie in KUA waren, betrifft dies etwa ein Viertel jener mit Matura als höchstem Bildungsabschluss und 20% jener mit tertiärer Ausbildung. Im Jänner 2021 waren signifikant höhere Anteile der Erwerbstätigen mit Berufsausbildung (Lehre/BMS) als mit Hochschulabschluss in KUA.² Es konnten keine Unterschiede ausgemacht werden, je nachdem ob die Erwerbstätigen im Februar 2020 in Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung waren (nicht gezeigt). Zwischen März und Dezember schienen signifikant mehr Paare mit Kindern im Schulalter sowie Alleinerziehende in Kurzarbeit gewesen zu sein als Alleinlebende.³

Analysen nach Bundesländern zeigen, dass es für den Zeitraum März-Dezember keine signifikanten Unterschiede gab, während es im Jänner 2021 signifikant höhere Anteile in Salzburg und Kärnten als in Wien oder Niederösterreich gab.

² Signifikanztests mittels der in Abbildung 4 beschriebenen multinomial logistischen Regression zeigen, dass für März-Dezember 2020 nur der Unterschied zw. einer tertiären Ausbildung (Referenz) und einer Lehrausbildung signifikant ist ($p < 0,05$). Der Unterschied zu den Personen mit Pflichtschulabschluss ist nur marginal signifikant ($p = 0,07$) und der Unterschied zu den anderen Bildungsgruppen nicht. Für den Zeitpunkt Jänner 2021 sind die Unterschiede zw. einer tertiären Ausbildung (Referenz) und einer Lehrausbildung bzw. der MBS signifikant ($p < 0,05$), nicht jedoch der Unterschied zur Matura.

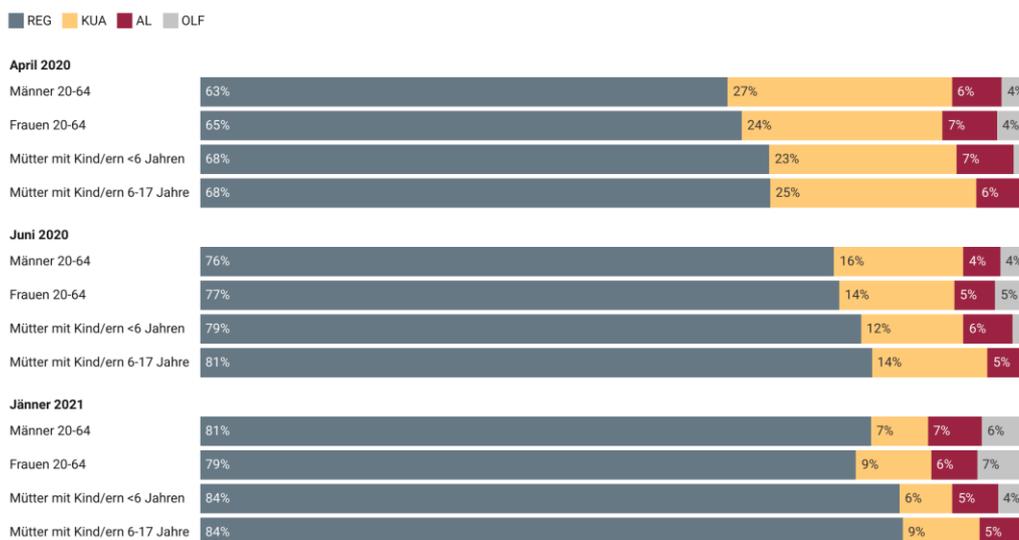
³ Signifikanztests mittels der in Abbildung 4 beschriebenen multinomial logistischen Regression zeigen, dass für März-Dezember 2020 der Unterschied zw. Alleinlebenden (Referenz) und Paaren mit Kindern im Alter von 6 bis 17 Jahren signifikant war ($p < 0,05$). Der Unterschied zu den Alleinerziehenden ist aufgrund geringer Fallzahlen nur marginal signifikant ($p = 0,09$).

3.3 Erwerbsverläufe von Eltern

Während es in anderen Ländern Evidenz dafür gibt, dass Frauen und insb. Mütter stärker von der COVID-19 Arbeitsmarktkrise getroffen wurden als Männer (Lofton et al., 2021; Möhring et al., 2021), scheint dies in Österreich bis dato nicht der Fall zu sein. Auf Basis der AMDB-Daten kann gezeigt werden, dass rund 6% bis 7% der 20 bis 64-jährigen Frauen und Männer, die direkt vor Beginn der Krise noch erwerbstätig waren, im April 2020 arbeitslos waren, während rund 27% der Männer und 24% der Frauen in dieser Altersgruppe in Kurzarbeit waren. Die vergleichbaren Anteile für Mütter sind sehr ähnlich und variieren kaum mit dem Alter der Kinder (Steiber et al., 2021, S. 8 bzw. Abbildung 5). Auch die Daten für Juni 2020 und Jänner 2021 weisen nur sehr geringe Unterschiede zwischen Frauen und Männern bzw. für Frauen mit/ohne Kinder auf.

Abbildung 5: Erwerbsverläufe der unselbständig Erwerbstätigen

Anteile derer, die in regulärer Beschäftigung blieben oder in diese zurückkehrten (REG), die zu Kurzarbeit angemeldet waren (KUA), die als arbeitslos registriert oder in Schulung waren (AL) und die nicht mehr Teil der aktiven Erwerbsbevölkerung waren (OLF).



Sample: Personen, die im Februar 2020 mindestens 14 Tage unselbständig erwerbstätig waren (inkl. geringfügige Beschäftigung). N=2,08 Mio. Männer und 1,85 Mio. Frauen im Alter von 20-64 Jahren, sowie die Subgruppen der Mütter mit Kind/ern unter 6 Jahren und der Mütter mit Kind/ern im Alter von 6-17 Jahren.
Quelle: Steiber, Siegart und Vogtenhuber 2021 (Datenbasis: Österreichische Registerdaten aus der AMDB: arbeitsmarktdatenbank.at)

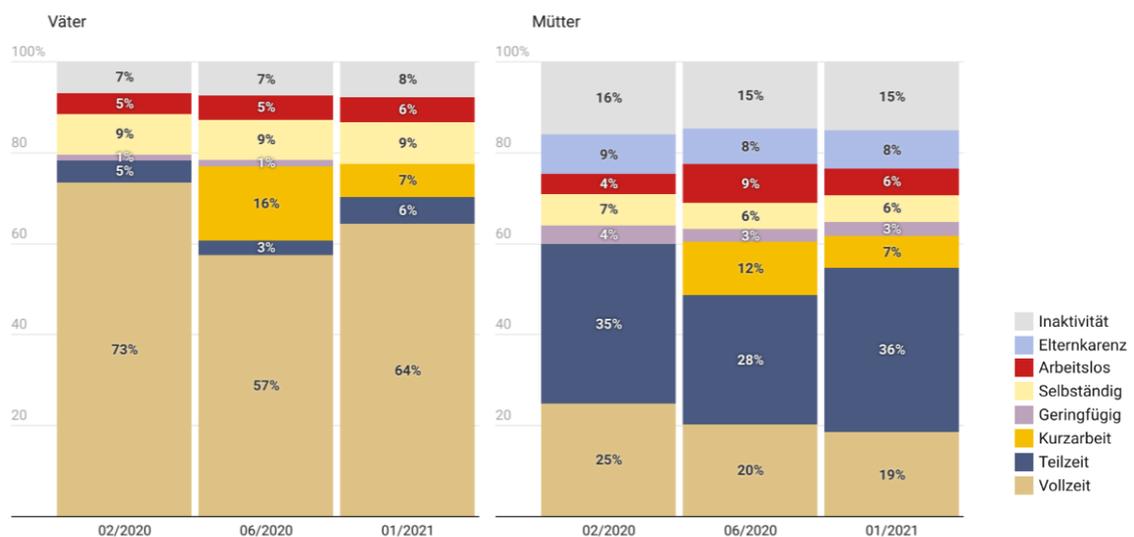
Im Zeitraum zwischen März 2020 und Jänner 2021 waren rund 35% der 20-64-jährigen Männer, die im Februar 2020 unselbständig erwerbstätig waren, zumindest einmal in Kurzarbeit — im Vergleich zu rund 31% der 20-64-jährigen Frauen, 28% der Mütter mit kleinen Kindern und 31% der Mütter, deren Kind/er das reguläre Schulalter erreicht haben (Steiber et al., 2021, S. 8). In diesem Zeitraum waren rund 15% dieser Männer und Frauen zumindest einmal arbeitslos (bzw. rund 13% bis 14% der Mütter, cf. *ibid.*).

Ähnliche Ergebnisse zeigen auch die Befragungsdaten aus der AKCOVID-Studie. Auf Basis der Informationen zum Erwerbstatus der RespondentInnen und deren PartnerInnen zu drei Zeitpunkten (Februar und Juni 2020 sowie Jänner 2021), wurde untersucht, wie sich

die Pandemie auf die Erwerbsintegration von Vätern und Müttern minderjähriger Kinder auswirkte (Abbildung 6, zitiert aus Steiber et al., 2021: S. 10). Dabei zeigt sich, dass der Anteil der Mütter, die entweder in Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung oder in Kurzarbeit waren, im Verlauf der Pandemie stabil auf dem Vorkrisenniveau von rund 60% blieb. Im Juni waren rund 12% der Mütter in Kurzarbeit, wobei sich dieser Anteil bis Jänner 2021 auf rund 7% reduzierte. Der Anteil der Mütter in Teilzeitbeschäftigung sank im ersten Halbjahr mit der Zunahme des Anteils der Mütter in Kurzarbeit ab, erholte sich dann jedoch wieder und erreichte im Jänner 2021 das Vorkrisenniveau von rund 35%. Der Anteil der Mütter in Vollzeitbeschäftigung hingegen sank im ersten Halbjahr 2020 von rund einem Viertel vor der Krise auf etwa ein Fünftel ab und erholte sich nicht mehr. Die Rückkehr von der Kurzarbeit in die reguläre Beschäftigung scheint mithin auf Basis der Teilzeitarbeit besser funktioniert zu haben. Wenn jene rund 7% der Mütter, die auch im Jänner 2021 noch in Kurzarbeit waren, nicht zu einem Großteil in Vollzeitjobs zurückkehren, mag dies eine weitere Verschiebung der Müttererwerbstätigkeit in Richtung Teilzeiterwerbstätigkeit mit sich bringen. Wie Hanzl und Rehm (2021) zeigen, haben Mütter ihre Arbeitsstunden während der Schulschließungen stärker reduziert als Väter.

Im ersten Halbjahr 2020 war eine steigende Zahl arbeitsloser Mütter zu verzeichnen (Anteile stiegen von rund 4% im Februar 2020 auf rund 9% im Juni 2020 und sanken dann wiederum auf rund 6% im Jänner 2020) wie auch ein Rückgang der Zahl der Mütter, die geringfügig oder selbständig erwerbstätig waren (diese Zahlen sind im Einklang mit den Ergebnissen auf Basis von Registerdaten, cf. Bock-Schappelwein et al., 2020; 2021).

Abbildung 6: Erwerbssituation von Vätern und Müttern zu drei Zeitpunkten



Quelle: Steiber et al., (2021) auf Basis der Daten aus dem AKCOVID-Surveys. Sample: Mütter und Väter mit minderjährigem/n Kind/ern zu drei Zeitpunkten. N=785 für 02/2020 und 06/2020; N=529 für 01/2021. Aufgrund der sehr geringen Anteile von Vätern in Elternkarenz (<1%) werden diese in der Kategorie der Inaktiven ausgewiesen.

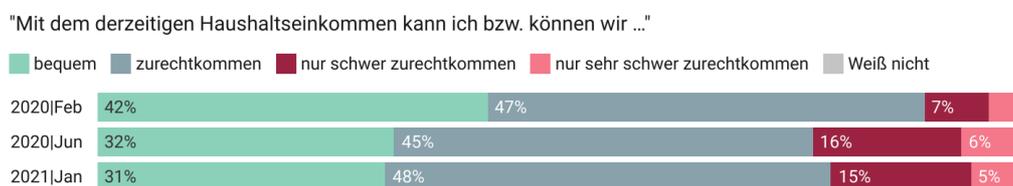
4 Subjektive finanzielle Lage der Haushalte

4.1 Wandel der Einkommenssituation

Die AKCOVID-Befragung erlaubt eine Verlaufsanalyse der subjektiven finanziellen Lage. In der ersten Befragung im Juni 2020 wurden die RespondentInnen gefragt: „*Wie würden Sie die Einkommenssituation Ihres Haushalts beurteilen – vor Beginn der Corona-Krise im Februar 2020 im Vergleich zu heute?*“ Für beide Zeitpunkte konnte angegeben werden, ob sie mit den Haushaltseinkommen 1. *bequem leben* 2. *zurechtkommen* 3. *nur schwer zurechtkommen*, oder 4. *nur sehr schwer zurechtkommen* konnten. Um Veränderungen nicht nur zu Beginn, sondern auch im Verlauf der Krise abbilden zu können, wurde im Jänner 2021 die gleiche Frage wieder gestellt.

Wie in Abbildung 7 ersichtlich, verdoppelte sich der Anteil der Haushalte, die nur (*sehr*) *schwer* zurechtkamen von rund 10% vor der Krise auf rund ein Fünftel in der Krise, wobei im Vergleich von Juni 2020 zu Jänner 2021 nur eine leichte Entspannung verzeichnet werden kann (d.h., Reduktion der (*sehr*) *schwer* mit dem Einkommen Auskommenden um rund 2%-Punkte). Umgekehrt verringerte sich der Anteil der Haushalte, die *bequem* mit ihrem Einkommen leben konnten, von rund 42% auf knapp ein Drittel.

Abbildung 7: Finanzielle Situation der Haushalte im Verlauf der Pandemie



Sample: Personen im Alter 20-64, N=2.000 für 2020 und 1417 für 2021, gewichtet.

Eine Analyse im Längsschnitt zeigt, dass knapp ein Viertel der Befragten (23%) für Juni 2020 eine schlechtere Einschätzung der finanziellen Situation ihres Haushalts trafen als für die Zeit direkt vor Beginn der Krise (d.h. eine um mindestens eine Stufe schlechtere Einstufung auf der 4-teiligen Skala), während rund 3% eine Verbesserung ihrer Situation verzeichneten (keine Abbildung). Zwischen Juni 2020 und Jänner 2021 verschlechterte sich die Situation für rund 17% der Haushalte, während für rund 18% der Haushalte eine Verbesserung eintrat. In den ersten zehn Monaten der COVID-19 Krise, also im Vergleich zwischen Februar 2020 und Jänner 2021, verzeichnete fast jeder dritte Haushalt (rund 29%) eine Verschlechterung der finanziellen Situation (d.h., eine um mindestens eine Stufe schlechtere Einstufung auf der Skala), während sich die subjektive finanzielle Lage für rund 10% verbesserte (keine Abbildung).

Die Details zu den Veränderungen zwischen den vier Antwortoptionen sind in Tabelle 2 dargestellt: Von jenen Haushalten, die vor der Krise noch *bequem* von ihrem Einkommen leben konnten (rund 42% der Haushalte, siehe Abbildung 7) schätzten im Juni 2020 mehr als ein Viertel ihre Lage schlechter ein als im Februar 2020 (Tabelle 2, oberster Teil: 20% kamen noch *zurecht*, 6% kamen nur mehr *schwer* zurecht). Im Jänner 2021 konnten nur mehr rund 60% der Haushalte, die im Februar 2020 noch *bequem* mit ihrem Einkommen leben konnten, auch weiterhin *bequem* mit ihrem Einkommen leben, während sich die Einkommenssituation für rund 40% verschlechtert hat (35% kamen *zurecht*, 6% nur mehr *schwer*, siehe unterster Teil der Tabelle 2).

Tabelle 2: Finanzielle Situation der Haushalte im Verlauf der Pandemie

	bequem	zurecht	schwer	sehr schwer	TOTAL
Vergleich 02/2020 mit 06/2020					
bequem leben*	73%	20%	5%	1%	100%
zurechtkommen	2%	76%	18%	4%	100%
schwer zurechtkommen	1%	15%	64%	20%	100%
sehr schwer zurechtkommen	0%	0%	8%	92%	100%
Vergleich 06/2020 mit 01/2021					
bequem leben*	71%	27%	1%	0%	100%
zurechtkommen	16%	70%	12%	2%	100%
schwer zurechtkommen	1%	43%	45%	11%	100%
sehr schwer zurechtkommen	1%	18%	37%	44%	100%
Vergleich 02/2020 mit 01/2021					
bequem leben*	60%	35%	5%	1%	100%
zurechtkommen	12%	66%	19%	3%	100%
schwer zurechtkommen	1%	30%	48%	21%	100%
sehr schwer zurechtkommen	1%	14%	19%	66%	100%
Zeilenprozent (Summe über die Zeilen 100%)					

Quelle: AKCOVID Surveys erhoben im Juni 2020 (Daten für 02/2020 und 06/2020 erhoben) und im Jänner 2021. Sample: Befragte im Alter von 20-64 Jahren (N=1981 für Vergleich 02/2020 und 06/2020 und N=1402 für Vergleiche mit 01/2021).

*Spaltenprozent vor der Krise: 42,0% bequem, 47,1% zurechtkommen, 7,2% schwer und 2,5% sehr schwer zurechtkommen.

Zeilen über der Diagonalen beziehen sich auf eine Verschlechterung der subjektiven finanziellen Situation; Werte darunter auf eine Verbesserung.

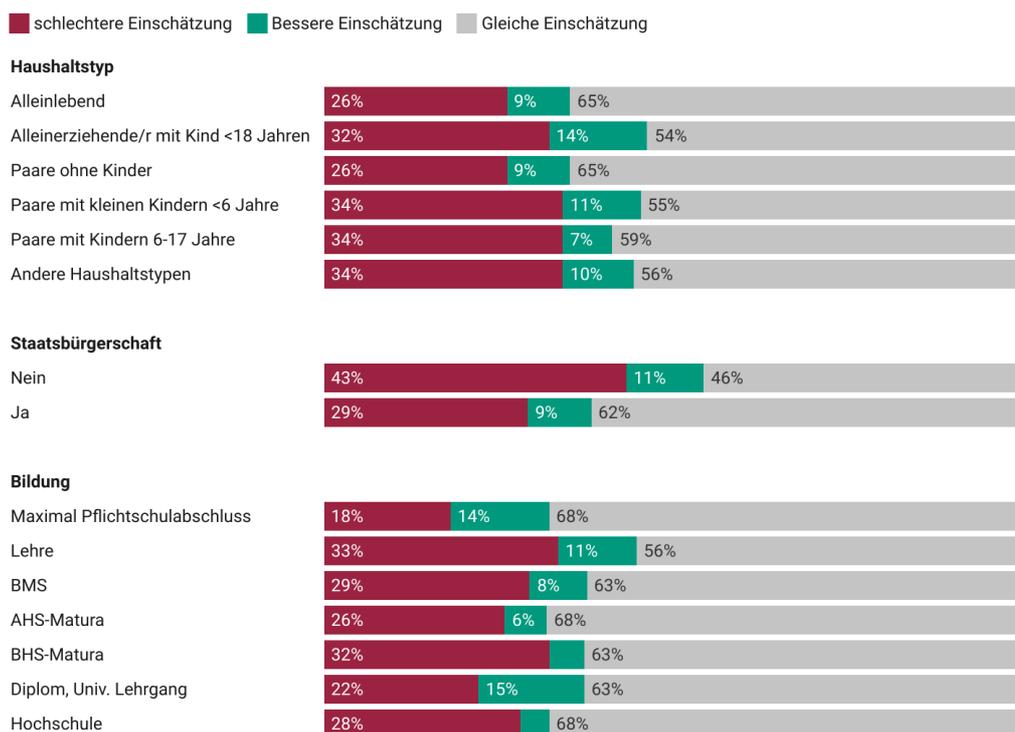
Von den Haushalten, die vor der Krise mit dem Einkommen *zurechtkamen* (rund 47% aller Haushalte, siehe Abbildung 7), schätzten im Juni 2020 rund 2% ihre Lage besser ein, während rund ein Fünftel ihre Lage schlechter einschätzten als vor der Krise (siehe Tabelle 2: 22% kamen nur mehr *schwer* zurecht). Im weiteren Verlauf der Pandemie

verbesserte sich die finanzielle Situation für einen Teil dieser Haushalte wieder (siehe der unterste Teil der Tabelle 2). Von den Haushalten, die vor der Krise *schwer* mit dem Einkommen zurechtkamen (rund 7% der Haushalte, siehe Abbildung 7), schätzten im Jänner 2021 rund 21% ihre Lage noch schlechter ein, während rund 31% ihre Lage besser einschätzten als vor der Krise (siehe unterster Teil der Tabelle 2).

In einem nächsten Schritt werden die zentralen Bestimmungsfaktoren des Risikos für eine Verschlechterung der Einkommenssituation in den ersten 10 Monaten der COVID-19-Krise mittels Regressionsanalysen identifiziert (multinomiale logistische Regression).⁴ Das Basismodell⁵ zeigt, dass es keinen signifikanten Unterschied macht, ob weibliche oder männliche RespondentInnen die finanzielle Lage der Haushalte einschätzten. Die signifikanten Bestimmungsfaktoren sind in Abbildung 8 dargestellt:

Abbildung 8: Bestimmungsfaktoren des Wandels der finanziellen Lage seit 02/2020

Vergleich der Einschätzungen des Haushaltseinkommens zw. Februar 2020 und Jänner 2021: Veränderte Einschätzung auf der 4-teiligen Skala: "Mit dem derzeitigen Haushaltseinkommen kann ich bzw. können wir 1. bequem leben 2. zurechtkommen, schwer zurecht kommen, 4. sehr schwer zurechtkommen"



Sample: Personen im Alter 20-64 als Auskunftspersonen für die Haushalte, N=1.416. Dargestellt sind vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Basis einer multinomialen logistischen Regression, die für das Geschlecht und das Bundesland kontrolliert. Der Unterschied in den Anteilen ("schlechtere Einschätzung") zwischen Paaren ohne Kinder und Paaren mit Kindern ist signifikant ($p < 0,05$). Der Unterschied in den Anteilen zwischen Personen mit/ohne Staatsbürgerschaft ist signifikant. Der Unterschied in den Anteilen zwischen Personen mit nur Pflichtschulabschluss und jenen mit Lehrabschluss ist statistisch signifikant ($p < 0,05$).

⁴ Als abhängige Variable fungiert eine Variable mit drei Ausprägungen: 0-keine Veränderung der Einschätzung, 1-Verschlechterung und 2-Verbesserung der Einschätzung auf der 4-teiligen Skala.

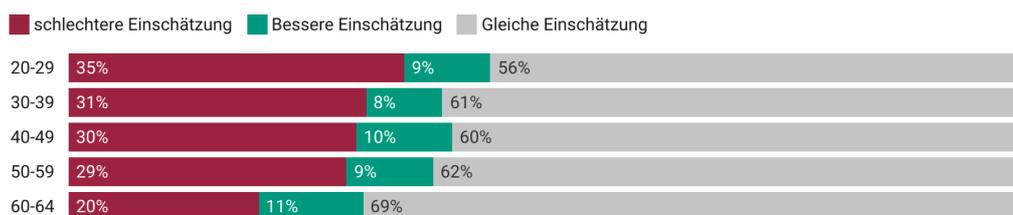
⁵ Geschlecht, höchster Bildungsabschluss, Besitz der österr. Staatsbürgerschaft und Bundesland als Prädiktoren.

Während knapp jeder bzw. jede dritte Befragte (rund 29%) eine Verschlechterung der Einkommenssituation auf der Haushaltsebene verbuchte, betraf dies rund 43% der Befragten ohne österr. Staatsbürgerschaft. Personen mit maximal Pflichtschulabschluss gaben im Vergleich zu jenen mit Lehrabschluss signifikant weniger oft an, dass sich die finanzielle Lage des Haushalts verschlechtert hat (rund 18% versus 33%, Abbildung 8). Dies steht damit im Zusammenhang, dass in der COVID-19-Krise die Einkommen der einkommensärmsten Haushalte, die sich maßgeblich aus Sozial- und Transferleistungen speisen, besser geschützt waren als die Erwerbseinkommen (Albacete et al., 2021). Dies führte laut Simulationsanalysen bzw. Befragungsdaten zu einer leichten Verringerung der Einkommensungleichheit zwischen Haushalten (Fink et al., 2020; Resch, 2020).

Wie auch in anderen Ländern (Cheng et al., 2021; Immel et al., 2021) zeigen sich auch in Österreich Familien mit Kindern etwas stärker betroffen als Familien ohne Kinder. Rund 26% der Paare ohne Kinder im gemeinsamen Haushalt im Vergleich zu 34% der Paare mit minderjährigen Kindern nahmen eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage wahr (signifikanter Unterschied). Das Alter der Kinder spielte dabei keine Rolle. Eine Rolle spielte jedoch das Alter der Befragten, für das in einem weiteren Regressionsmodell kontrolliert wurde. Je älter die Befragten desto geringer waren die Anteile jener, die ihre finanzielle Situation im Jänner 2021 schlechter einschätzten als vor der Krise im Februar 2020 (Abbildung 9).

Abbildung 9: Finanzielle Situation der Haushalte im Verlauf der Pandemie, nach Alter

Vergleich der Einschätzungen des Haushaltseinkommens zw. Februar 2020 und Jänner 2021: Veränderte Einschätzung auf der 4-teiligen Skala: "Mit dem derzeitigen Haushaltseinkommen kann ich bzw. können wir 1. bequem leben 2. zurechtkommen, schwer zurecht kommen, 4. sehr schwer zurechtkommen"



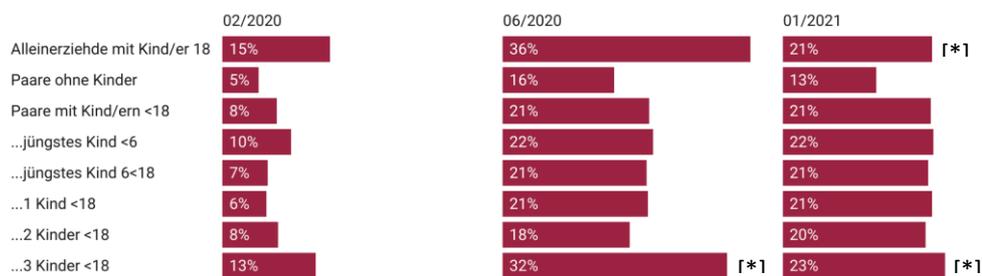
Sample: Personen im Alter 20-64 als Auskunftspersonen für die Haushalte, N=1.416. Dargestellt sind vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Basis einer multinomialen logistischen Regression, die für das Geschlecht, den höchsten Bildungsstand, die Staatsbürgerschaft, den Haushaltstyp und das Bundesland kontrolliert. Der Unterschied in den Anteilen ("schlechtere Einschätzung") zwischen der jüngsten und der ältesten Gruppe ist signifikant ($p < 0,05$).

Kontrolliert für das Alter der Befragten, reduzieren sich die Unterschiede in den Anteilen von Familien, die eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage verzeichneten, zwischen Paaren mit und ohne minderjährigen Kinder (von rund 8%-Punkten, siehe Abbildung 8) auf 5%-Punkte. Der Unterschied in der Betroffenheit von finanziellen Einbußen zwischen Paaren mit und ohne Kinder ist damit zum Teil auf das höhere Durchschnittsalter der Paare, die den Haushalt nicht oder nicht mehr mit Kindern teilen, zurückzuführen.

In einem weiteren Schritt wird die *Analyse der Betroffenheit* von Einkommenseinbußen mit einer *Analyse der finanziellen Vulnerabilität* verbunden (Steiber et al., 2021). Vor allem für alleinerziehende Eltern sowie für Eltern von drei oder mehr Kindern, die bereits vor Beginn der Krise häufiger armutsgefährdet waren als andere Familien, bedeutet eine weitere Verschlechterung der Einkommenssituation oft ein hohes Armutsrisiko. Im Jahr 2019 war etwa jede dritte Familie mit zumindest einem minderjährigen Kind und nur einem Elternteil im gemeinsamen Haushalt (v.a. alleinerziehende Mütter) oder mit drei oder mehr minderjährigen Kindern (Mehrkindfamilien) *armutsgefährdet* (Statistik Austria, 2021). Viele dieser Familien hatten bereits vor der COVID-19 Krise ein knappes Budget, das nur die grundlegendsten Bedürfnisse abdecken konnte (Albacete et al., 2021) und liefen damit bei Einkommenseinbußen rasch in Gefahr, in Armut abzugleiten.

Dementsprechend fiel der Anteil *subjektiv armutsgefährdeter* Haushalte in der COVID-19 Krise bei diesen Familientypen vergleichsweise hoch aus (Abbildung 10): Der Anteil der Alleinerziehenden, die nur (*sehr*) *schwer* mit dem Haushaltseinkommen auskamen stieg in den ersten drei Krisenmonaten von rund 15% auf über ein Drittel (36%). Unter den Mehrkindfamilien stieg dieser Anteil von rund 13% auf rund 32%. Im Vergleich dazu stiegen die Anteile bei Paaren ohne minderjährige Kinder im gemeinsamen Haushalt von einem deutlich niedrigeren Niveau ausgehend (rund 5% im Februar 2020) bis Juni 2020 auf rund 16% bzw. bei Paaren mit minderjährigen Kindern auf rund ein Fünftel (21%).

Abbildung 10: Finanzielle Situation der Haushalte im Verlauf der Pandemie



Sample: N=782 Paare mit minderjährigem/n Kind/ern in W1 und N=531 in W2; N=556 Paare ohne minderjähriges Kind im gemeinsamen Haushalt in W1 und N=421 in W2, und Alleinerziehende mit minderjährigem/n Kind/ern im gemeinsamen Haushalt (N= 105 in W1, 68 in W2), weighted.
[*] geringe Fallzahlen (N=68 Alleinerziehende in W2; N=92 Mehrkindfamilien in W1 and 61 in W2).

Im weiteren Krisenverlauf sanken die Anteile der Familien, die nur (*sehr*) *schwer* mit dem Einkommen auskamen, v.a. aufgrund des starken Rückgangs der Kurzarbeit: Ein Großteil der im Juni 2020 in Kurzarbeit Befindlichen konnte in die reguläre Beschäftigung zurück wechseln, während die Zahl der Arbeitslosen nicht weiter anstieg (Vogtenhuber et al., 2021). Eine Verbesserung der finanziellen Lage im Verlauf der Krise verzeichnete jedoch nur ein kleiner Teil der Familien. Während sich die Anteile der Familien, die nur (*sehr*) *schwer* mit dem Einkommen auskamen, unter den Paaren mit Kindern zwischen 06/2020 und 01/2021 auf einem hohen Niveau von rund einem Fünftel verblieben, sind diese bei den Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien laut Befragungsdaten gesunken. Während

dies aufgrund der nunmehr ausbezahlten Hilfen aus dem Familienhärtefonds, die vielen Alleinerziehenden zugutekamen,⁶ und der Einmalzahlungen für Arbeitslose und insb. arbeitslose Eltern minderjähriger Kinder⁷ plausibel erscheinen mag, ist zu beachten, dass die Ergebnisse für diese beiden Gruppen auf geringen Fallzahlen basieren und daher nach Vorliegen von objektiven Einkommensdaten aus den Verwaltungsdaten validiert werden sollten. Jedenfalls blieben auch in diesen Familien die Anteile der Haushalte, die nur (*sehr*) *schwer* mit dem Einkommen auskamen, im Jänner 2021 deutlich über dem Vorkrisenniveau (weitere Analysen, siehe Steiber et al., 2021). Fuchs und Premrov (2021) vermuten, dass Alleinerziehende von allen Familienformen am stärksten von krisenbedingten finanziellen Verlusten betroffen waren (wie Ergebnisse aus dem Vereinigten Königreich zeigen) auch wegen der erhöhten Kosten im Zusammenhang mit den Schulschließungen und der teils reduzierten oder eingestellten Unterhaltszahlungen. Eine belastbare Datenbasis gibt es dafür bis dato aber nicht. Wie die AutorInnen abschließend bemerken „Zur exakten empirischen Beurteilung der Auswirkungen der COVID-Krise auf Einkommensverteilung und Armutsgefährdung ist auf die Verfügbarkeit von aktuellen SILC- bzw. anderen einschlägigen Daten zu warten“ (Fuchs und Premrov, 2021: S. 269).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die subjektive finanzielle Lage der Familien in der zweiten Jahreshälfte 2021 nicht entspannt hat. Weiterhin sind rund ein Fünftel der Eltern minderjähriger Kinder subjektiv armutsgefährdet und kommen nur (*sehr*) *schwer* mit ihrem Einkommen aus. Nur bei den kinderlosen Paaren konnte eine leichte Entspannung verzeichnet werden (Abbildung 10: Rückgang des Anteils subjektiv Armutsgefährdeter von rund 16% im Juni 2020 auf 13% im Jänner 2020).

⁶ Der COVID-Familienhärtefonds zahlte an Eltern mit Anspruch auf Kinderbeihilfe, die aufgrund der Krise von Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder dem Ausfall von Einkommen aus selbstständigen Tätigkeiten betroffen waren (bzw. die eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschritten) im Schnitt € 1.300. Rund 90.000 Familien erhielten eine Zahlung aus dem Fonds, wobei laut Auskunft des zuständigen Ministeriums Alleinerzieherinnen, die ein Drittel der Anträge stellten, besonders profitiert hatten.

⁷ Im September 2020 wurde allen Eltern, die Familienbeihilfe bezogen, 360 Euro einmalig pro Kind ausbezahlt (Kinderbonus). Eltern, die ihre Arbeit verloren haben und/oder Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Sozialhilfe bezogen, wurde im Juli 2020 ein Zuschuss von 100 Euro pro Kind ausbezahlt. Zudem wurde die Notstandshilfe temporär auf das Niveau des Arbeitslosengeldes aufgestockt. Weiters gab es 2020 zweimal eine Auszahlung von € 450 für Arbeitslosengeld- und NotstandshilfebezieherInnen. Laut einer Analyse des Europäischen Zentrums mit EUROMOD/SORES profitierten die Familien auch von der mit Jahresbeginn 2020 rückwirkenden Senkung des Eingangssteuersatzes von 25% auf 20% (jährliche Ersparnis von bis zu 350 Euro). Davon profitieren laut der Analyse des Europäischen Zentrums rund 60% der Alleinerziehenden-Haushalte mit im Durchschnitt 175 Euro (Fuchs und Premrov, 2021).

4.2 Finanzielle Engpässe

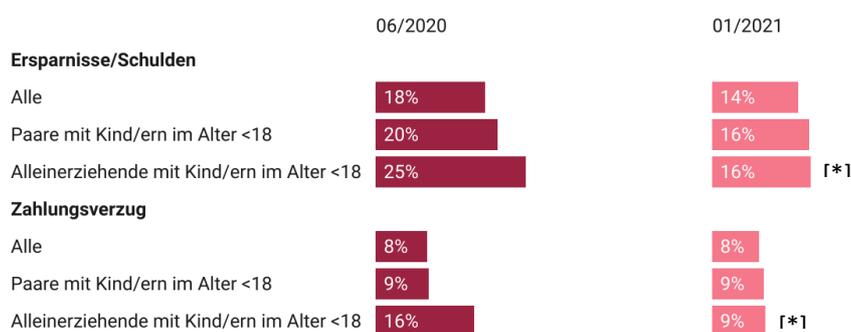
In der Befragung wurde auch erhoben, wie viele Haushalte auf Ersparnisse zurückgreifen oder Schulden machen mussten, um den normalen Lebensunterhalt zu bestreiten bzw. wie viele Haushalte in Zahlungsverzug waren, d.h. eine oder mehrere Forderungen oder Rechnungen (z.B. Stromrechnung, Kreditrate, Miete) nicht mehr termingerecht bezahlen konnten (Antwortoptionen: *trifft gar nicht zu; trifft eher nicht zu; teils-teils; trifft eher zu; trifft voll und ganz zu*). Die Anteile der Haushalte die angaben, dass die Aussagen zu den finanziellen Engpässen (siehe Abbildung 11) zutreffend waren, sanken im Verlauf der Pandemie nur leicht. Gaben im Juni 2020 rund 18% der Haushalte an, dass sie aufgrund von finanziellen Verlusten Ersparnisse aufbrauchen oder gar Schulden machen mussten, sank dieser Anteil bis Jänner 2021 nur um 3,6%-Punkte (Abbildung 11). Diese Anteile waren zu beiden Zeitpunkten bei Paaren mit minderjährigen Kindern marginal höher (rund 20% im Juni 2020 und rund 16% im Jänner 2021) bzw. im Juni 2020 bei Alleinerziehenden signifikant höher (25%). Der Anteil der Haushalte, die sich bereits im Zahlungsverzug befanden, blieb relativ stabil bei etwa 8% (Abbildung 11).

Abbildung 11: Finanzielle Engpässe

"Sagen Sie mir bitte, wie sehr die folgenden Aussagen auf Ihren Haushalt zutreffen? (Trifft gar nicht zu; trifft eher nicht zu; teils-teils; trifft eher zu; trifft voll und ganz zu; (keine Angabe))

Ich muss/wir müssen auf Ersparnisse zurückgreifen oder Schulden machen, um den normalen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Ich kann/wir können eine oder mehrere Forderungen/ Rechnungen (z.B. Stromrechnung, Kreditrate, Miete, usw.) nicht termingerecht bezahlen.



Sample: 2.000 Befragte im Juni 2020, davon 799 Paare mit Kindern und 106 Alleinerziehende / 1.417 Befragte im Jänner 2021, davon 541 Paare mit Kindern und 69 Alleinerziehende [] geringe Fallzahl.*

4.3 Finanzielle Zukunftssorgen

Sorgen um die eigene finanzielle Zukunft waren im Jahr 2020 weit verbreitet: etwa drei Monate nach Beginn der COVID-19 Krise machte sich rund ein Viertel der Bevölkerung *große Sorgen* (Werte 7-10 auf der 11-teiligen Sorgenskala), dass sie aufgrund bzw. im Verlauf der Corona-Krise finanzielle Probleme bekommen (rund 22% der Männer und rund 27% der Frauen). Diese Anteile stiegen bis Jänner 2021 weiter an (auf rund 29% bei den Männern und auf rund 34% bei den Frauen, siehe Abbildung 12).

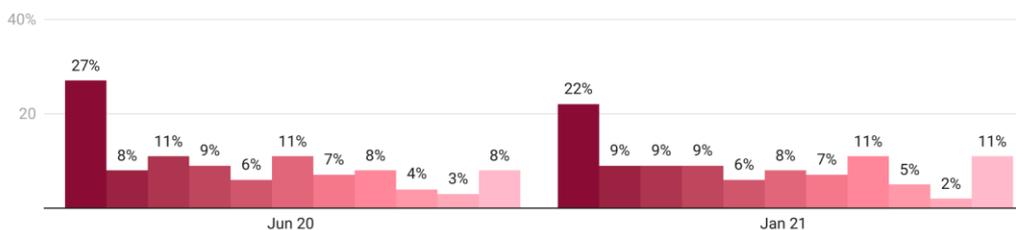
Abbildung 12: Finanzielle Zukunftssorgen, nach Geschlecht

Männer

"Wie viele Sorgen machen Sie sich, dass Sie aufgrund der Corona-Krise finanzielle Probleme bekommen?"

Antwortskala: 0-gar keine Sorgen bis 10-sehr große Sorgen

0-keine Sorgen 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10-sehr große Sorgen

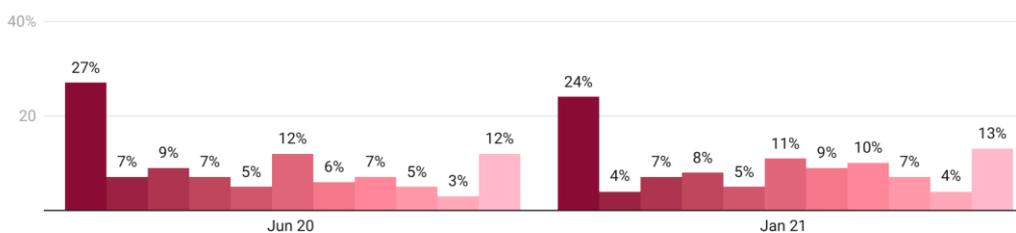


Frauen

"Wie viele Sorgen machen Sie sich, dass Sie aufgrund der Corona-Krise finanzielle Probleme bekommen?"

Antwortskala: 0-gar keine Sorgen bis 10-sehr große Sorgen

0-keine Sorgen 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10-sehr große Sorgen



Sample: Männer und Frauen im Alter von 20-64 Jahren (N=1.404 im Juni 2020 und N=1.977 im Jänner 2021).

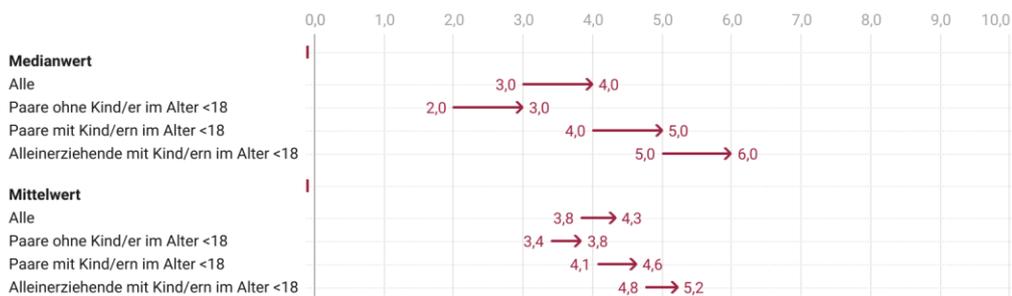
Der Mittelwert auf der 11-teiligen Sorgenskala stieg im Verlauf der Pandemie von 3,8 auf 4,3 (siehe oberer Teil von Abbildung 13, bei den Männern von 3,6 auf 4,1 und bei den Frauen von 4,0 auf 4,6) und damit um rund einen halben Punkt (ausgewiesen im unteren Teil von Abbildung 13). Das mittlere Sorgenniveau war dabei bei Paaren ohne Kinder niedriger als bei Alleinerziehenden und Paareltern.

Das Ausmaß zu dem das mittlere Sorgenniveau zwischen den beiden Befragungen anstieg (um etwa einen halben Punkt auf der 11-teiligen Skala), unterschied sich jedoch kaum zwischen den Familienkonstellationen. Die Medianwerte stiegen in der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren von 3 auf 4. Auch in den Subgruppen stieg der Medianwert um einen Punkt, jedoch ausgehend von etwas unterschiedlichen Niveaus.

Abbildung 13: Finanzielle Zukunftssorgen

"Wie viele Sorgen machen Sie sich, dass Sie aufgrund der Corona-Krise finanzielle Probleme bekommen?"

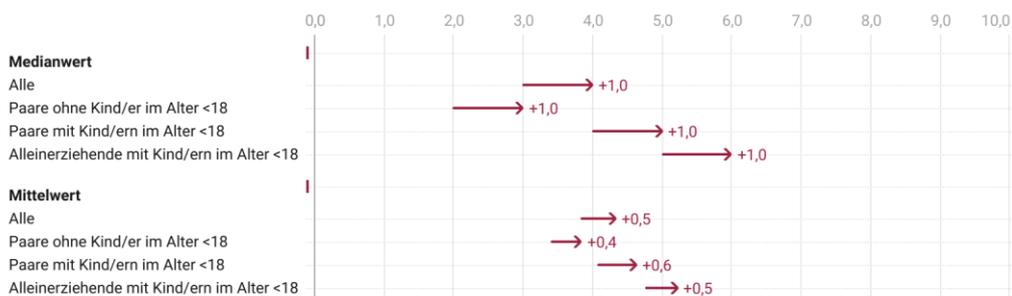
Antwortskala: 0-gar keine Sorgen bis 10-sehr große Sorgen



Sample: 1.977 Befragte für Juni 2020, davon 789 Paare mit Kindern, 561 Paare ohne Kinder und 105 Alleinerziehende sowie 1.404 Befragte im Jänner 2021, davon 537 Paare mit Kindern, 419 Paare ohne Kinder und 69 Alleinerziehende. Gewichtete Werte.

"Wie viele Sorgen machen Sie sich, dass Sie aufgrund der Corona-Krise finanzielle Probleme bekommen?"

Antwortskala: 0-gar keine Sorgen bis 10-sehr große Sorgen



Sample: 1.977 Befragte für Juni 2020, davon 789 Paare mit Kindern, 561 Paare ohne Kinder und 105 Alleinerziehende sowie 1.404 Befragte im Jänner 2021, davon 537 Paare mit Kindern, 419 Paare ohne Kinder und 69 Alleinerziehende. Gewichtete Werte.

Es können keine Unterschiede nach dem Alter oder dem höchsten Bildungsabschluss ausgemacht werden, zu dem sich das Ausmaß der finanziellen Zukunftssorgen im Verlauf der Pandemie veränderte (nicht gezeigt). Das Ausmaß der finanziellen Zukunftssorgen unterschied sich jedoch zu beiden Befragungszeitpunkten nach dem Alter der Befragten. Im Jänner 2021 bekundeten rund 30% der 20-29-Jährigen große Sorgen, im Vergleich zu 35% der 30-49-Jährigen, 30% der 50-59-Jährigen und nur rund 19% der 60-64-Jährigen.

5 Verzeichnisse

5.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: COVID-19 Infektionsgeschehen und Zeitpunkte der Datenerhebung	3
Abbildung 2: Arbeitsmarktsituation und Zeitpunkte der Datenerhebungen	4
Abbildung 3: Erwerbsverläufe der unselbständig Erwerbstätigen	5
Abbildung 4: Anteile der 02/2020 unselbständig Erwerbstätigen in Corona-Kurzarbeit	6
Abbildung 5: Erwerbsverläufe der unselbständig Erwerbstätigen	8
Abbildung 6: Erwerbssituation von Vätern und Müttern zu drei Zeitpunkten	9
Abbildung 7: Finanzielle Situation der Haushalte im Verlauf der Pandemie	10
Abbildung 8: Bestimmungsfaktoren des Wandels der finanziellen Lage seit 02/2020	12
Abbildung 9: Finanzielle Situation der Haushalte im Verlauf der Pandemie, nach Alter	13
Abbildung 10: Finanzielle Situation der Haushalte im Verlauf der Pandemie	14
Abbildung 11: Finanzielle Engpässe	16
Abbildung 12: Finanzielle Zukunftssorgen, nach Geschlecht	17
Abbildung 13: Finanzielle Zukunftssorgen	18

5.2 Literaturverzeichnis

- Albacete, N., Fessler, P., Kalleitner, F., & Lindner, P. (2021). How has COVID-19 affected the financial situation of households in Austria? *Monetary Policy and the Economy*, Q4/20-Q1/21, 111–130.
- Bock-Schappelwein, J., Fink, M., Mayrhuber, C., & Rocha-Akis, S. (2021). Selbständige Erwerbstätige in Österreich: Struktur, Einkommen und Betroffenheit von der COVID-19 Krise (Nr. 3; Monatsbericht). WIFO.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., & Hyll, W. (2020). COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung verlangsamt sich im Mai etwas. WIFO Research Brief 8/2020.
- Cheng, Z., Mendolia, S., Paloyo, A. R., Savage, D. A., & Tani, M. (2021). Working parents, financial insecurity, and childcare: Mental health in the time of COVID-19 in the UK. *Review of Economics of the Household*, 19(1), 123–144.
- Fink, M., Moreau, C., & Rocha-Akis, S. (2020). Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die Einkommenslage der privaten Haushalte. In COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich (S. 44–59). BMSGPK.
https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:5f807a53-5dce-4395-8981-682b5f1dc23b/BMSGPK_Analyse-der-sozialen-Lage.pdf
- Fuchs, M., & Premrov, T. (2021). Alleinerziehende und ihre Kinder während und nach der Krise: Herausforderungen und Strategien. In: BMSGPK: COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich. S. 258-272.
<https://www.euro.centre.org/downloads/detail/3853/1>
- Hanzl, Lisa; Rehm, Miriam (2021) : Less work, more labor: School closures and work hours during the COVID-19 pandemic in Austria. ifso working paper, No. 12, University of Duisburg-Essen, Institute for Socio-Economics (ifso), Duisburg.
<https://www.econstor.eu/handle/10419/233477>
- Huemer, U., Kogler, M., & Mahringer, H. (2021). Kurzarbeit als Krisen-Instrument in der COVID-19-Pandemie. WIFO.
- Immel, L., Neumeier, F., Peichl, A. (2021). The Unequal Consequences of the Covid-19 Pandemic: Evidence from a Large Representative German Population Survey. CESifo Working Paper 9038/2021
https://www.cesifo.org/DocDL/cesifo1_wp9038.pdf
- Lofton, O., Petrosky-Nadeau, N., & Seitelman, L. (2021). Parents in a Pandemic Labor Market. Federal Reserve Bank of San Francisco, Working Paper Series.
<https://doi.org/10.24148/wp2021-04>
- Moehring, K., Reifenscheid, M., & Weiland, A. (2021). Is the Recession a ‘Sh recession’? Gender Inequality in the Employment Effects of the COVID-19 Pandemic in Germany. <https://doi.org/10.31235/osf.io/tzma5>
- Resch, T. (2020). Veränderungen der Haushaltseinkommen in der Corona-Krise: Wer ist betroffen? Austrian Corona Panel Project: Corona Blog.
<https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog80/>
- Statistik Austria. (2021). Tabellenband EU-SILC 2020. Statistik Austria.
- Steiber, N. (2021a). Die COVID-19 Gesundheits- und Arbeitsmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* Nr. 211.
- Steiber, N. (2021b). Konsequenzen der Pandemie für die ökonomische Situation von Familien. Blogbeitrag: <https://inprogress.ihs.ac.at/konsequenzen/>

- Steiber, N: (2021c). AKCOVID-Projekt: Die COVID-19 Gesundheits- und Arbeitsmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung. <https://inprogress.ihs.ac.at/akcovid/>
- Steiber, N., Siegert, C., Vogtenhuber, S. (2021) The impact of the COVID-19 pandemic on the employment situation and financial well-being of families with children in Austria: Evidence from the first ten months of the crisis. Preprint on SocArXiv. DOI: DOI: 10.31235/osf.io/r7ugz. osf.io/preprints/socarxiv/r7ugz
- Vogtenhuber, S., Steiber, N., & Siegert, C. (2021). Ein Jahr Corona-Pandemie: Wie sich die Krise auf die Erwerbsstruktur und die finanzielle Lage von Familien auswirkt. Diskurs, das Wissenschaftsnetz. www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/wp-content/uploads/2021/03/Medienmappe_PK_Corona-Familien.pdf

Die AutorInnen:

Nadia Steiber ist Professorin für Sozialstrukturforschung und Quantitative Methoden am Institut für Soziologie der Universität Wien und Fellow am Institut für Höhere Studien. Sie forscht zu den Themen Bildung, soziale Mobilität und Lebensqualität/Gesundheit bzw. zu den Bereichen Erwerbsverläufe, Qualität der Arbeit und Folgen von Arbeitslosigkeit.

Christina Siegert ist Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Soziologie der Universität Wien. Aus feministischer Perspektive forscht sie zu den Themen Armut, (un)bezahlte Arbeit und Sozialpolitik. Im Rahmen ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit relativen Einkommensunterschieden und ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen in heterosexuellen Paarhaushalten.

Stefan Vogtenhuber ist Soziologe und Senior Researcher am Institut für Höhere Studien sowie Postdoc am Institut für Soziologie der Universität Wien. Er forscht in den Bereichen Bildung, Weiterbildung und Arbeitsmarkt mit dem Fokus auf das Zusammenspiel zwischen Qualifikation und Beschäftigung, Übergang von Bildung in den Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit sowie Finanzierung und Erträge von Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

<p>„Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ Die Working Paper-Reihe der AK Wien</p>

sind unregelmäßig erscheinende Hefte, in denen aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

Ab Heft 80 sind die Beiträge auch als pdf-Datei zum Herunterladen im Internet

<http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/MaterialienzuWirtschaftundGesellschaft/index.html>

Heft 203	Michael Mesch	Der kollektivvertragliche Deckungsgrad in 24 europäischen Ländern 2000-2017, September 2020
Heft 204	Jana Schultheiß u. a.	Wohlstandsbericht 2020, September 2020
Heft 205	Georg Feigl u.a.	Zu spät, zu wenig, nicht ausreichend fokussiert. Budgetpolitik in der CORONA-Krise. Analyse des Bundesvorschlags 2021 und darüber hinaus, November 2020
Heft 206	Ines Heck u.a.	Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017, November 2020
Heft 207	Stefan Humer u.a.	Ökosoziale Steuerreform: Aufkommens- und Verteilungswirkungen; Jänner 2021
Heft 208	Matthias Petutschnig	Aufkommenswirkungen einer steuerlich abzugsfähigen Eigenkapitalverzinsung, Jänner 2021
Heft 209	Gregor de Cillia u.a.	Datenmatching EU-SILC und HFCS; Erweiterung der Sozialberichterstattung um die Vermögensverteilung, März 2021
Heft 210	Bernd Liedl u.a.	Einstellungen zum Sozialstaat in der COVID-19 Gesundheits- und Arbeitsmarktkrise, Februar 2021
Heft 211	Nadia Steiber	Die COVID-19 Gesundheits- und Arbeitsmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung, Februar 2021
Heft 212	Laure-Anne Plumhans	Operationalizing Eco-Social Policies: A Mapping of Energy Poverty Measures in EU Member States, März 2021
Heft 213	Anna Katharina Keil	Shaping the Transformation, März 2021
Heft 214	Constanze Fettnig	The Role of Energy Providers in Tackling Energy Poverty, März 2021
Heft 215	Werner Raza u.a.	Assessing the opportunities and limits of a regionalization of economic activity, März 2021
Heft 216	Jan Grumiller u.a.	Increasing the resilience and security of supply of produktion post-COVID-19 – The Case of Medical and Pharmaceutical Products, April 2021
Heft 217	Verena Madner u.a,	Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen für Maßnahmen zur Steigerung von Versorgungssicherheit und Resilienz; April 2021
Heft 218	in Bearbeitung	
Heft 219	Alexander Schnabl u.a.	CO ₂ -relevante Besteuerung und Abgabenleistung der Sektoren in Österreich
Heft 220	David Mayer u.a.	Die österreichische Schule der Nationalökonomie als politische Strömung, April 2021
Heft 221	in Bearbeitung	
Heft 222	Nadia Steiber u.a.	Die Erwerbssituation und subjektive finanzielle Lage privater Haushalte im Verlauf der Pandemie, Juli 2021

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und Vervielfältiger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien; alle: 1041 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22, Postfach 534



978-3-7063-0887-8